

Menetekel Mali

Der Militärputsch in Mali bedroht die westlich geprägte Stabilitätsarchitektur in der Sahel-Zone. Damit scheint dort nun ein weiterer Krisenherd mit unkalkulierbaren Folgen für den Wertewesten zu entstehen.

Mali, Minsk und Hongkong

Mali ist weit weg sowohl für die deutsche Öffentlichkeit als auch für die Meinungsmacher hierzulande. Die Vorgänge in Weißrussland bestimmen die Schlagzeilen der Medien in Europa: Vorwürfe von Wahlfälschung, Proteste der Bevölkerung gegen einen autokratischen Herrscher, Forderungen nach Neuwahlen oder gar Absetzung des Autokraten. Putin wird die Mitschuld an den Zuständen in Weißrussland gegeben. Denn er hält seine schützende Hand über Lukaschenko, so die Sicht des Westens und seiner Meinungsmacher.

All das, was über Weißrussland und Putin von den westlichen Medien in Umlauf gebracht wird, gilt aber genau so für die Situation in Mali. „Gegen den jetzt abgesetzten Präsidenten Boubacar Keita hatte es seit Juni Massenproteste gegeben“(1). Wo war die Unterstützung des Westens für die Protestierenden in Mali, wo die ausführliche Berichterstattung der westlichen Medien? Anders als in Weißrussland flossen keine Millionen zur Unterstützung der Opposition.

Auch Malis Bürger „warfen dem Präsidenten die Manipulation der Parlamentswahl vom März und April vor. [Diese hatte] bereits 2018 stattfinden sollen“(2), wurde damals aber aus Sicherheitsgründen abgesagt. Als sie dann endlich für 2020 angesetzt worden war, wurde der Kandidat der Opposition, Soumaila Cissé, nur wenige Tage vor der Wahl verschleppt. Trotz ähnlicher Verstöße, die man in Weißrussland aufs schärfste verurteilt, wurde das Wahlergebnis in Mali dennoch international anerkannt.

All das geschah unter den Augen des Wertewestens, der seit Jahren mit starker Militärpräsenz im Land ist. Es ist nicht bekannt, dass westliche Vertreter ihr politisches Gewicht in dem Maße in Mali für die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechten eingesetzt hatten, wie man es jetzt aus ähnlichem Anlass in Weißrussland oder Hongkong versucht. Der Westen hielt also ebenso schützend die Hand über Keita, wie man es im Falle Lukaschenkos Putin zum Vorwurf macht.

Einhellige Empörung schlug China aus den westlichen Medien entgegen, als die Wahlen in Hongkong aus Sicherheitsgründen wegen Corona verschoben wurden. Von allen Seiten hagelte es Kritik und neue Sanktionen. Als 2019 Demonstranten das Parlament in Hongkong stürmten und verwüsteten, hatte die westliche Presse viel Verständnis für die Demonstranten. Scharf wurden dagegen die chinesischen Sicherheitskräfte für ihr „brutales“ Vorgehen verurteilt.

Als Demonstranten in diesem Jahr in Bamako versuchten, das Parlament zu stürmen, antworteten „Polizei und Militär mit Tränengas, Gummigeschossen und scharfer Munition“(3) Während gegenüber China eine Welle der Entrüstung in Gang gesetzt worden war, geschah in Mali bei vergleichbarem Anlass nichts, kein Aufschrei der Empörung, keine Sanktionen. Selbst die gemeinsamen Militäroperationen mit der malischen Armee liefen uneingeschränkt weiter.

Undurchsichtig

Die Lage in Mali und der Sahel-Zone insgesamt ist nicht leicht zu durchschauen. Das liegt zum einen daran, dass westliche Politik kein großes Interesse an Berichten über Vorgänge hat, die dem eigenen Ansehen schaden und darüber hinaus auch in der eigenen Gesellschaft vielleicht für Unruhe sorgen könnten. Denn anders als in Weißrussland sind in Mali und der Sahel-Zone westliche Staaten aktiv und damit auch mitverantwortlich für die dortigen Vorfälle.

Zum anderen haben die westlichen Medien wenig Interesse an Themen, aus denen sich keine Aufregung oder Emotionalisierung herleiten lassen. Medien, besonders die privaten, leben von der Aufmerksamkeit, die sie über Aufreger schaffen können. Das sorgt für Interesse bei den Medienkonsumenten und spült Geld in die Kassen. Je mehr Interesse, um so höher Auflagen,

Leserzahl und damit die Einnahmen aus Anzeigen und Aufrufen.

Das mangelnde Interesse der Medien an Mali und der Sahel-Zone erklärt sich aber auch daraus, dass die meisten Berichtersteller und Kommentatoren die Vorgänge dort nicht verstehen. Sie können sich die Vorgänge in der islamischen Welt nur unter dem Blickwinkel von Religionskonflikten und islamistischem Terror erklären. Vorgänge, die diesem Muster nicht entsprechen, werden entweder ausgeklammert oder aber durch neue Theorien beziehungsweise „Expertenmeinungen“ der herrschenden Sichtweise angepasst, wodurch sie aber auch immer widersprüchlicher werden.

Die meisten Berichtersteller gewinnen ihre Informationen nicht aus ihrer Anwesenheit vor Ort, sondern erhalten sie von Dritten, deren Interessen nicht immer klar sind, bzw aus Berichten von Nachrichten-Agenturen, die ähnlich denken wie sie selbst. Das erschwert den unvoreingenommenen Blick auf Stimmungen und Entwicklungen in den betroffenen Gesellschaften.

Als Peter Scholl-Latour über den Vietnam-Krieg berichtete, konnte er eine Woche lang hautnah aus dem Lager des Vietkong berichten. Er befand sich in dessen Hoheitsbereich und führte Interviews mit dessen Führer. Das waren authentische Aussagen von offiziellen Vertretern der Gegenseite. Der westliche Medienkonsument konnte also aus dem Munde des Vietkong dessen Ansichten zu den Vorgängen hören und sich ein ausgewogenes Bild machen, wenn er denn gewollt hat.

Das ist heute nicht mehr möglich. Der Westen besonders die USA haben aus der Niederlage in Südost-Asien gelernt. Denn der Vietnam-Krieg ging zu einem nicht unerheblichen Teil in eigenen Land verloren durch die Berichterstattung über die Gräueltaten der Amerikaner und die Lügen ihrer Politiker. Dem hat man vorgebeugt.

Betreute Berichterstattung

Heute gibt es für den westlichen Medienkonsumenten so gut wie keine authentischen Berichte und Stellungnahmen mehr von der Seite, die vom Wertewesten bekämpft wird. Alle Meldungen, die er über die Vorgänge in Konfliktgebieten erhält, sind vermittelt durch westliche Medien und westliche Geheimdienste.

Seit fast 20 Jahren führen westliche Staaten in Afghanistan und anderen Staaten der islamischen Welt „Krieg gegen den Terror“. Der Medienkonsument hierzulande hat immer nur die Informationen und Stellungnahmen erhalten, die ihm westliche „Terrorismus-Experten“, westliche Nachrichten-Agenturen, westliche Medien, westliche Politiker und westliche Geheimdienste haben zukommen lassen.

Direkte Berichte aus den Kriegsgebieten waren fast immer „embedded“. Das heißt, Berichtersteller bekamen von den Militärs nur das zu sehen, was die westliche Öffentlichkeit erfahren sollte. Betreute Berichterstattung für betreutes Denken.

Durch diese gelenkte Information ist nicht nur den Medienkonsumenten sondern auch den Meinungsmachern selbst das politische Einschätzungsvermögen verloren gegangen. Das politische Urteilsvermögen bezüglich gesellschaftlicher Vorgänge verkümmert in den westlichen Gesellschaften immer mehr.

Mit dem Untergang der Sowjetunion ist nicht nur ein politisches System untergegangen, sondern es verschwand auch das, was den Sozialismus ideologisch ausgemacht hatte: die materialistische Weltanschauung. Dass diese Betrachtungsweise besonders in den westlichen Gesellschaften weitgehend verloren gegangen ist, macht sich bemerkbar in der Qualität von Analysen und Berichten.

Heutige Berichterstattung ist weitgehend geprägt von emotionaler Parteinahme und der Bewertung der Ereignisse nach der Messlatte moralisch-idealistischer Vorstellungen. Das Herausarbeiten, Offenlegen und Einordnen von gesellschaftlichen Grundlagen und Entwicklungen, die Darstellung historischer und sozialer Zusammenhänge ist eine Disziplin, die von den meisten Berichterstellern, aber auch von sogenannten Experten kaum mehr beherrscht wird.

So werden die Vorgänge in Mali und der Sahel-Zone hauptsächlich auf das Wirken von Dschihadisten und Islamisten zurückgeführt, ohne dass erklärt wird, was der Unterschied zwischen beiden ist. Haben Islamisten und Dschihadisten von einander abweichende Motive und Ziele oder

all die anderen Gruppen wie Al Qaida, Al Qaida im islamischen Maghreb (Aqmi) oder Jamaa Nusrat ul Islam wa-l Muslimin, die von den Berichterstattern erwähnt werden?

Es ist noch nicht einmal klar, ob sie sich selbst so nennen oder ob ihnen diese Bezeichnungen von anderen gegeben werden. So entsteht ein unüberschaubarer Wirrwarr von Akteuren. Diese Verwirrung ist nicht den Verhältnissen geschuldet sondern hauptsächlich der Verwirrung derer, die die Ereignisse zu deuten versuchen. Sie selbst haben keine Orientierung, wie eine Klärung solcher gesellschaftlichen Fragen und Erscheinungen angegangen werden kann.

Man versteht die Besonderheiten in den islamisch geprägten Gesellschaften nicht und erkennt nicht die Grundlagen, auf denen diese Gesellschaften ruhen und die sich in ihnen vollziehenden Entwicklungen. Die meisten westlichen Berichterstatter betrachten und beurteilen diese Vorgänge mit ihrem westlichen Denken, ihren westlichen Maßstäben, ihren westlichen Theorien über Politik und Gesellschaft.

Weil sie kein anderes Verständnis von gesellschaftlichen Entwicklungen haben, deuten sie die Vorgänge dort in erster Linie oberflächlich als religiöse Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten und dann wieder zwischen Christen und Moslems.

Man kann die Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern des FC Bayern und Werder Bremen als Konflikte zwischen Fußball-Fans sehen. Da in Bayern der katholische, in Norddeutschland aber eher eine evangelische Glaubensrichtung vorliegt, kann man sie aber auch als religiöse Konflikte darstellen. Das hängt ab von der Kompetenz des Berichterstatters, seiner Fähigkeit zu sachgerechter Analyse, aber auch von Interessen.

Von Islamisten und Dschihaddisten

Verdeutlicht werden soll diese Verwirrung anhand von Berichten der Frankfurter Allgemeine Zeitung über die Verhältnisse und Entwicklung in Mali und der Sahel-Zone. Die Destabilisierung Nordafrikas nach der Ermordung Gaddafis führte aus der Sicht des westlichen Berichterstatters in Mali zu einer „Spaltung des Landes durch Tuareg-Kämpfer und Islamisten“(4).

Was Tuareg-Kämpfer sind, ist klar, erfolgt doch hier eine eindeutige Zuordnung nach Stammeszugehörigkeit. Doch schwieriger wird es bei den in diesem Zusammenhang ebenso erwähnten Islamisten? Wer soll das sein? Zum ethnischen Merkmal (Tuareg) wird nicht nur ein religiöses sondern zugleich auch noch ein scheinbar politisches als neues Merkmal (Islamist) hinzugefügt, das Unterschiede bzw unterschiedliche Interessen zwischen den Akteuren andeuten soll.

Aus Stammeszugehörigkeit und Religionszugehörigkeit wird ein Gegensatz geschaffen, der zudem noch politisch eingefärbt wird. Diesen Gegensatz schafft der Berichterstatter. Jedoch die von ihm als Islamisten bezeichneten Kämpfer können genauso gut die Tuareg selbst sein. Denn diese sind ja beides: Tuareg und Muslime. Dessen aber scheint sich der Berichterstatter nicht bewusst zu sein.

Wie will er denn vom fernen Deutschland aus beide unterscheiden? Die Tuareg sind äußerlich vielleicht noch leicht als solche zu erkennen. Wie aber erkennt man Islamisten? Gibt es für diese eindeutige äußerliche Erkennungsmerkmale oder haben sie Mitgliedsausweise, die sie wie Identitätskarten am Revers tragen? Einfache praktische Fragen, die sich die Berichterstatter nicht zu stellen scheinen. Sie übernehmen das Bild von religiös bedingten Konflikten und verfestigen es damit.

Der „Aufmarsch der Islamisten in Mali, vor allem aber der „Al Qaida im islamischen Maghreb (Aqmi)“(5) wurde 2013 von französischen Elitetruppen blutig niedergeschlagen. Hatte es sich aber in den Berichten zuvor noch um Tuareg-Kämpfer und Islamisten gehandelt, so hat der Berichterstatter nun auch Al Qaida unter den Aufständischen entdeckt. Und in einem Beitrag vom 20.8.20 stellt Thilo Thielke von Kapstadt aus fest: „Islamisten, die dem Terrornetz Al Qaida nahe stehen, rivalisieren mit jenen des Islamischen Staates.“(6)

Da in den Berichten von 2013 weder von Al Qaida noch vom Islamischen Staat die Rede war, stellt sich die Frage nach dem Ursprung dieser Information. Hat der Berichterstatter seine Informationen aus erster Hand, also von Al Qaida und Islamischem Staat selbst? Wie sollen sich diese einerseits

von den Tuareg und dann auch von Islamisten und Dschihadisten unterscheiden? Was beim ersten Hinsehen noch unzweifelhaft erscheint, wird bei genauerer Untersuchung immer unklarer.

Nach der Niederschlagung des Aufstands im Norden Malis durch französische Truppen ist „ein Teil der bewaffneten Islamisten in Wüstenverstecke geflüchtet, andere verbergen sich zwischen der Bevölkerung“(7). Dieses Untertauchen in der Bevölkerung ist aber nur möglich, wenn die Untergetauchten von der Bevölkerung nicht als Fremde angesehen und behandelt werden im Gegensatz zu den Soldaten.

Während der Einfluss der sogenannten Dschihadisten immer mehr wächst, nährt die Aufstandsbekämpfung durch Armee und ausländische Truppen den Widerstand. Mitverantwortlich dafür dürfte die Härte sein, „mit der die französischen Truppen Islamisten im Sahel verfolgen. Zuweilen fällt dabei das Wort „Skalpjäger“(8). Diese Information kommt nicht von Islamisten, Dschihadisten oder den Bewohnern der Sahel-Zone als Betroffene sondern von Bundeswehroffizieren als Zeugen der Ereignisse.

Hinter den Begriffen

Was aber sind die Motive und Interessen derjenigen, die sich in immer größerer Zahl gegen die westlichen Soldaten stellen. Denn es kann nicht übersehen werden und wird auch in der westlichen Presse nicht verschwiegen, dass in der Sahel-Zone Aufstände und kriegerische Auseinandersetzungen dramatisch zugenommen haben. „Ohne die Unterstützung der fremden Truppen ... würde Malis Armee vermutlich innerhalb kürzester Zeit von den Islamisten überrannt werden“(9)

Aber diese Unruhe betrifft nicht nur Mali. Sie erstreckt sich mittlerweile in einem breiten Band von Somalia an der Ostküste Afrikas über den ganzen Kontinent bis Nigeria im Westen. Angesichts der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen dieser Länder, kann nicht alles mit dem Wirken von Islamisten oder Dschihadisten erklärt werden. Es muss auch noch andere Umstände geben, die die Menschen in Aufruhr versetzen.

Die Niederschlagung der Aufstände und die Stabilisierungsversuche in den Staaten der Sahel-Zone durch westliche und UN-Truppen haben die Lebensumstände der Menschen nicht verbessert. Der Reichtum an Bodenschätzen kommt der Bevölkerung nicht zugute. Die Kosten für die Kriegsführung fressen die Budgets der Staaten auf. Die Regierungen der Region sind abhängig von Investoren und Geldgebern. Aber diese bestimmen die Bedingungen für ihre Investition oder sie bleiben aus.

Als Merkel 2019 die Sahel-Zone besuchte, hatte sie viele gute Absichten im Gepäck, aber nichts Konkretes. „Die Bundesregierung hofft, dass europäische Investoren sich künftig mehr für diese Region interessieren“(10). Aber das Interesse bei Investoren an instabilen Regionen ist gering. „Es ist noch nicht einmal eine Wirtschaftsdelegation mit in die Sahel-Zone gekommen.“(11)

Angesichts dieser Lage und Aussichten ist ein Erstarken der sogenannten islamistische Strömungen kein Zufall, nicht weil sie islamistisch sind, sondern weil sie für die Menschen eine Alternative zur bisher erfolglosen politischen Praxis der prowestlichen Regierungen zu sein scheinen. Bereits 2013 „stieg der Einfluss muslimischer Verbände, ... die sich als Alternative zum herkömmlichen Politbetrieb empfohlen“(12) Und seither ist die Lage nicht besser geworden.

„Derzeit stammt nur etwa die Hälfte der Haushalte der Sahel-Länder aus eigenen Steuereinnahmen, die andere Hälfte von internationalen Gebern. Einen großen Teil des Budgets – zwischen 15 und 20 Prozent – geben die Staaten für Sicherheit aus ... Wenn die Länder wirtschaftlich nicht auf eigenen Füßen stehen“(13), wird eine langfristige Stabilisierung der Region kaum gelingen. Aber „niemand hat ein Konzept zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit oder zur Reform des darniederliegenden Bildungssystems“(14). Wie sollen da Hoffnung und Zuversicht aufkommen?

Als das Militär in Mali die Macht übernahm, jubelten die Menschen auf den Straßen. Dem waren wochenlange Proteste und gewaltsame Auseinandersetzungen vorausgegangen. Sie richteten sich nicht nur gegen die abgesetzten Politiker sondern auch gegen die fremden Truppen im Land. „Die Parole „Tod Frankreich und seinen Verbündeten“ war erst vor wenigen Tagen auf den Schildern von

Demonstranten in Bamako zu lesen ... [„und sie werden] immer häufiger als Besatzungsmacht beschimpft und aufgefordert, das Land zu verlassen“(15).

„Die Forderung eines Abzugs der französischen Truppen findet in allen fünf Sahel-Staaten Gehör“(16). Die französische Armee läuft Gefahr, verjagt zu werden, „weil sie als Stütze der korrupten und autoritären afrikanischen Führungseliten wahrgenommen“(17) wird.

Veränderte Wahrnehmung

Offensichtlich wird auch den westlichen Berichterstattem die Widersprüchlichkeit zwischen den wirklichen Ereignissen und ihrem westlich bestimmten Blickwinkel auf die Ereignisse immer deutlicher. Solch massive gesellschaftliche Verwerfungen und Auseinandersetzungen lassen sich nicht alleine aus einer Islamismus-Theorie erklären. Die westliche Darstellung religiöser Konflikte als Ursache der Unruhe in der Sahel-Zone bekommt Risse.

So stellt der Berichterstatter fest, dass im Stamm der Dogon, einem der großen Stämme der Sahel-Zone „die große Mehrheit ... mittlerweile muslimisch ist. Andere hängen dem katholischen Glauben an“(18). Die Religion scheint also dem Stamm selbst weniger bedeutend zu sein, als es bisher den westlichen Berichterstattem war. Jedenfalls scheint dort das Zusammenleben von Christen und Muslimen unproblematisch zu sein.

Immer öfter kommen in der Berichterstattung nun die grundlegenden Fragen der Lebensumstände in den Blick westlicher Kommentatoren. „Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen sind auch ein Kampf um die immer knapper werdenden Ressourcen“(19). Dementsprechend geht es bei den Konflikten weniger um religiöse Fragen, wie westliche Berichterstatter es den Medienkonsumenten oft zu erklären versuchen. Denn „insbesondere der Konflikt zwischen den Ackerbauern ... und den Viehzüchtern ... eskaliert zusehends.“(20)

Da geht es nicht um Glaubensfragen, sondern um die für das Überleben wichtigen Fragen von Wasserrechten und Landnutzung. „Als Reaktion auf die wachsende Unsicherheit im Land bildeten viele der 18 größten Volksgruppen Malis Milizen zur Selbstverteidigung. Immer häufiger eskalieren seitdem Kämpfe um Wasser und Weideland.“(21) „Die Lage ist heute schlimmer als 2012 ... die Sicherheitslage ist eine einzige Katastrophe, die Wirtschaft kollabiert. Der Unmut über die dieses Chaos habe die Menschen schließlich auf die Barrikaden getrieben“(22).

Es scheint den westlichen Berichterstattem schwer zu fallen, sich von dem Bild des Islamismus als Verantwortlichem für alle Konflikte in der islamischen Welt zu lösen. Es war und ist immer noch auch ein sehr einfaches und weithin akzeptiertes Erklärungsmuster, das den unterschiedlichsten Interessen und Ansichten im Westen gerecht wird. Dennoch widerspricht dieses Bild immer häufiger den Gegebenheiten in der Realität, was die Berichterstatter zunehmend in Erklärungsnot bringt.

So stellt man überrascht fest, „dass ausgerechnet jene Dschihadisten, die den Konflikt lange Zeit nach Kräften befeuert haben, jetzt als Vermittler auftreten und sich das entstandene Machtvakuum zunutze machen. ... Es sind Krieger der Jamaa Nusrat ul Islam wa-l Muslimin, des westafrikanischen Ablegers des Terronetzwerks Al Qaida“(23). Nach den Worten des Berichterstatters sind sie die Leute, die dafür gesorgt haben, dass die verfeindeten Stämme „zusammensitzen und Friedensgespräche führen“(24).

Das vermittelt ein anderes Bild als das bisher bekannte. Vielleicht war gerade das Machtvakuum, das in weiten Landstrichen Malis schon vor Absetzung der prowestlichen Regierung entstanden ist, die Voraussetzung dafür, dass die Stämme Malis sich nun ohne die Einflussnahme durch fremde Interessen um ihre eigenen Belange kümmern und sie unter sich selbst regeln können.

(1) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.8.2020: Unangenehme Fragen nach dem Putsch.

(2) FAZ vom 25.8.2020: Schritte nach vorn, aber nicht sofort.

(3) FAZ vom 14.7.2020: Neue Richter und neue Regierung

(4) FAZ vom 10.11.2012: Verantwortung für Afrika

- (5) FAZ vom 6.2.2013: Die alten Herren und die Islamisten
- (6) FAZ vom 20.8.20: Die nächste Errettung des malischen Volkes
- (7) <https://www.tagesspiegel.de/politik/mali-zentrum-der-tuareg-erobert/7711600.html>
- (8) FAZ vom 21.11.2018: Den Frieden schützen, Islamisten töten
- (9) FAZ vom 25.8.2020: Schritte nach vorn, aber nicht sofort
- (10) FAZ vom 2.5.2019: Auf der Suche nach einem besseren Leben
- (11) ebenda
- (12) FAZ vom 6.2.2013: Die alten Herren und die Islamisten
- (13) ebenda
- (14) ebenda
- (15) FAZ vom 31.8.2020: Die Unruhe nach dem Putsch
- (16) FAZ vom 15.1.20: Das Sahel-Trauerspiel
- (17) ebenda
- (18) FAZ vom 12.6.20: Vom Kampf um Ressourcen zum Kampf des Glaubens
- (19) ebenda
- (20) FAZ vom 20.8.20: Die nächste Errettung des malischen Volkes
- (21) ebenda
- (22) FAZ vom 31.7.20: Ein Salafist an der Spitze des Protests
- (23) ebenda
- (24) ebenda

Rüdiger Rauls Buchveröffentlichungen:

Krieg um Syrien [Buchbeschreibung](#)

Wie funktioniert Geld? [Buchbeschreibung](#)

Kolonie Konzern Krieg - Stationen kapitalistischer Entwicklung [Buchbeschreibung](#)

Zukunft Sozialismus oder die Grenzen des Kapitalismus [Buchbeschreibung](#)

Die Entwicklung der frühen Gesellschaften-Die Geschichte

Afghanistans [Buchbeschreibung](#)

Was braucht mein Kind? [Buchbeschreibung](#)

Späte Wahrheit (Prosa) [Buchbeschreibung](#)

Herausgeber von:

Imre Szabo: Die Hintermänner (ein politischer Krimi) [Buchbeschreibung](#)

Imre Szabo: Die Unsichtbaren (ein politischer Krimi) [Buchbeschreibung](#)